

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 7 (1915)
Heft: 6

Artikel: Wuchergeschäfte und Teuerungsdemonstrationen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350407>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Am 30. September 1914 waren von rund 58,000 Gewerkschaftsmitgliedern 12,741 gänzlich und 19,769 teilweise arbeitslos. Die Summen, welche die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände zur Unterstützung Arbeitsloser aufwandten, stiegen von Fr. 131,657 im Jahre 1912 auf Fr. 239,590 im Jahre 1913 und auf Fr. 440,971 im Jahre 1914. Der Gesamtbetrag, den die in Betracht kommenden Gewerkschaftsverbände im Jahre 1914 für Unterstützung ihrer Mitglieder bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall, in besonderer Notlage, für Invalidität und Sterbefälle ausgerichtet haben, beträgt rund Fr. 1,100,000. Demgegenüber hatten die gleichen Gewerkschaften im Jahre 1914 rund Fr. 450,000 weniger Einnahmen als im vorhergehenden Jahre, d. h. die Einnahmen aus Beiträgen und Extrabeiträgen sanken von Fr. 1,983,000 im Jahre 1913 auf Fr. 1,540,000 im Jahre 1914.

Ueber die dem Gewerkschaftsbunde nicht angeschlossenen Arbeiterorganisationen sind wir nicht näher unterrichtet, wissen jedoch soviel, dass sie ähnliche Erfahrungen machten. Jedenfalls aber erscheint es angesichts der bedeutenden Opfer, welche die Arbeiter aus eigenen Mitteln aufbringen, um sich selber zu helfen, und in Anbetracht des Umstandes, dass es den Gewerkschaften unmöglich wäre, fernerhin in gleichem Umfange Unterstützungen auszurichten, wie dies das letzte Jahr der Fall war, durchaus gerechtfertigt, zu verlangen, dass auch der Bund mithilfe, den wirtschaftlich Schwachen in der angeführten Weise zu Hilfe zu kommen. Analoge Erscheinungen finden wir bei den Hilfsvereinen in der Meisterschaft, soweit solche vorhanden sind. Auch für sie ist eine Hilfeleistung in gleicher Weise gerechtfertigt.

IV.

Dies die summarische Begründung unserer Wünsche, welche wir Ihnen baldigst eingehender mündlich begründen zu können hoffen.

Zum Schlusse stellen wir folgendes

Gesuch:

1. Der h. Bundesrat wolle unverzüglich die Verwirklichung der folgenden, für die Existenz der im Gewerbe beschäftigten Volksgenossen notwendigen Hilfsmassnahmen an die Hand nehmen:

- a) Aufstellung einheitlicher Vorschriften betreffend das Submissionswesen.
- b) Schutz gegen Preisdrückerei und willkürliche Lohnreduktionen im allgemeinen.
- c) Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.
- d) Leistung von Beiträgen an die Ausgaben der Berufsvereine (Meister- und Arbeiterorganisationen) für die Unterstützung verdienst- oder arbeitsloser Berufsangehöriger.

2. Der Bundesrat möge baldmöglichst eine Delegation der unterzeichneten Verbände empfangen, zum Zwecke einer eingehenderen Besprechung der im gegenwärtigen Gesuche gestellten Postulate.

3. Der Bundesrat wolle spätestens in der zweiten Hälfte des Monats August dieses Jahres eine Konferenz von Vertretern des Bundes, der Kantone und der grösseren Gemeinden sowie der unterzeichneten Verbände zum Zwecke einer systematischen Organisation der Arbeitsbeschaffung einberufen.

Mit vollkommener Hochachtung

Namens des Schweiz. Gewerbevereins,
Präsident: *Dr. Tschumi.*
Sekretär: *Dr. Vollmar.*

Namens des Schweiz. Gewerkschaftsbundes,
Präsident: *O. Schneeberger.*
Sekretär: *Aug. Huggler.*

Wir denken, es sei einstweilen nicht notwendig, hier näher auf die in der Eingabe geltend gemachten und wohlbegründeten Begehren einzugehen.

Wir möchten nur gegenüber solchen Lesern, die sich wundern, dass Gewerkschaftsbund und Gewerbeverein, die sonst nicht gemeinsame Küche halten, so rasch über die verschiedenen, zum Teil wenigstens bedeutungsvollen Fragen sich verständigen konnten, betonen, dass in der Not der Teufel Fliegen frisst, heisse er Gewerkschaftsbund oder Gewerbeverein, und dass in diesem Sprichwort der Schlüssel zu finden ist für alles, was an dieser burgfriedlichen Aktion rätselhaft erscheinen mag.

Jedenfalls wird auch der hohe Bundesrat an eine Notlage im Handwerk und Gewerbe glauben müssen, wenn er aufmerksam die gemeinsame Eingabe prüft.



Wuchergeschäfte und Teuerungsdemonstrationen.

Als vor zwei Monaten in verschiedenen Schweizerstädten die Teuerungsdemonstrationen einsetzten, um den « Bessergestellten » und namentlich den hohen und höchsten Behörden begreiflich zu machen, dass ganz besonders die unbemittelte Bevölkerung unter der fortgesetzten Teuerung leidet, da war es vor allem die Bourgeoispreste, die im Verein mit dem Sekretariat des Bauernbundes gegen die Teuerungsdemonstrationen auftrat.

Die Referenten, die bei den Teuerungsdemonstrationen mitwirkten, wurden der Uebertreibung, wenn nicht der Verleumdung bezichtigt. — Die Verteidiger der Grossbauerninteressen gaben sich alle erdenkliche Mühe, zu beweisen, dass die Preissteigerungen auf unentbehrlichen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln — soweit solche nicht vom Ausland verschuldet seien — nur einen gerechten Ausgleich für vermehrte Ausgaben den inländischen Produzenten bieten. Ausserdem seien sowohl der Bundesrat als die Kantonsregierungen fortgesetzt bemüht, ungerechtfertigten Preissteigerungen den Riegel zu schieben, die Kritiker seien nicht imstande, brauchbare praktische Vorschläge zu machen, die bessere Erfolge in Aussicht stellen usf.

Selbstverständlich sind die wenigsten Konsumenten imstande, unter den komplizierten Verhältnissen, wie wir sie heute haben, die Grenze anzugeben, wo in den Preissteigerungen die Spekulation anfängt und wieweit die Umstände, für die weder die Produzenten noch die Vermittler der Waren verantwortlich sind, dabei mitwirken.

Noch weniger ist es dem einzelnen Bürger möglich, wirksame Massnahmen für Abhilfe ausfindig zu machen, wenn unsere obersten Landesbehörden sich zum vornherein auf den Standpunkt stellen, dass freie Privatwirtschaft und Privathandel nur dann angetastet werden dürfen, wenn dem «ganzen Volk», das heisst auch den *besitzenden Klassen*, Gefahr drohe. Gegenüber den Interessen der unbemittelten Klassen, unbekümmert um die Notlage der Arbeiterbevölkerung, muss der Besitz, der Reichtum und die Möglichkeit, jede Gelegenheit auszunützen, um diese zu vermehren, als unantastbar heilige Sache anerkannt bleiben. — Das ist der Geist, der heute noch obwaltet in unserm Schweizerland wie anderwärts, der Geist, der auch den «modernen Staat» kennzeichnet, von dem ein einflussreicher sozialdemokratischer Führer kürzlich begeistert ausrief, dass er heute Triumphe feiert.

Ganz recht, der moderne Staat und dessen Bruder Kapitalismus feiern blutige und goldene Triumphe, während die proletarische Internationale sich am Boden wälzt, unter den Streichen leidend, die sie von denen erhielt, die berufen schienen, ihr zum Siege über Kapitalismus und «modernen» Nationalismus zu verhelfen.

Wenn nun der Staat mithilft, das Elend zu mildern, die Schmerzen zu lindern, die der allgemeine Krieg, diese unabänderliche Notwendigkeit der modernen Staaten, überall verursacht, so möchten wir das nicht als besonderes Glück im Unglück betrachtet, sondern als elementarstes Bedürfnis der Staatserhaltung selber anerkannt wissen.

Dort, wo der Staat, respektive die darin herrschende Kaste zu wenig oder gar nichts für Volkswohlfahrt tut und nur noch eine Art Grossbetrieb zur Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes, respektive der unbemittelten Klassen des Volkes darstellt, da rächt sich früher oder später diese Unterlassungssünde am Staat selber. Russland weiss davon zu erzählen, während der deutsche Staat moralisch und materiell nun riesige Vorteile aus den sozialen Einrichtungen zog, die allerdings auch mit dem Gelde des Volkes — geschaffen und ausgebaut wurden.

Mit Sozialismus haben diese staatlichen Wohlfahrtsbestrebungen ungefähr so viel zu tun, wie die Pflege, die der Viehhändler oder der Metzger ihren Herden angedeihen lassen mit dem Tierchutz und den Idealen der Tierfreunde. In der Schweiz liegen die Dinge so, dass die notleidenden Volksschichten ihre Stimme laut vernehmen lassen müssen, sonst glaubt niemand daran, dass es in diesem glücklichen Lande noch unglückliche Menschen gibt. Deshalb die Teurungsdemonstrationen, deren praktischen Wert man leider auch in der Leitung des Verbandes schweizerischer

Konsumvereine nicht zu erfassen vermochte. — In allerjüngster Zeit scheint sich eine Wendung zum Bessern geltend machen zu wollen. Während von der Leitung der sozialdemokratischen Partei die Teurungsdemonstrationen, wenn solche spontan entstehen, gutgeheissen werden, fängt die bürgerliche Presse an, sich ernstlich gegen die Spekulation *im Kirschenhandel* zu wenden. In Bern, in Biel und auch in dem fortschrittlichen Zürich will man den frechen Zwischenhändlern, die die Kirschen zu teuer verkaufen, radikal zu Leibe rücken.

Ab und zu erscheinen seit einiger Zeit auch Notizen über den spekulativen Ankauf von Eiern, Butter und Früchten durch geriebene Zwischenhändler, die bald in der Westschweiz, bald im Kanton Bern, bald in der Zentralschweiz ihr Unwesen treiben. Erst kürzlich hat sogar der «Bund» sich zu der Behauptung — die zweifellos richtig ist — verstiegen, die Metzger fordern zu viel für Schweinefleisch. Vielleicht, wenn so weiter gefordert wird, findet man noch andere Uebeltäter. Ob man sie zur Rechenschaft ziehen wird und wie, das hängt davon ab, wer sie sind. Denn das alte Berner Sprichwort: «Die ehlyne Schelme henkt me, die grosse laht me laufe», gilt heute noch.

Wir möchten die gegenwärtige Situation und alles, was zu ihrer Verbesserung unternommen wird, weder ironisch noch skeptisch beurteilt wissen. Es handelte sich für uns darum, festzustellen, dass diejenigen, die heute gegen den Wucher im Kirschenhandel losziehen, früher besser getan hätten, die Teurungsdemonstrationen der Arbeiter nicht zu bekämpfen oder lächerlich zu machen. Im übrigen wird es Sache des organisierten Proletariats sein und seine Aufgabe bleiben, dafür zu sorgen, dass einmal auch die «grossen Schelme» an den Galgen kommen. Denn dafür wird der moderne Staat noch lange nicht zu haben sein!



Eisenbahner und Kranken- und Unfallversicherung.

Die Debatten in den eidgenössischen Räten haben sich anlässlich der Beratung der Vorlage für ein Ergänzungsgesetz zum Bundesgesetz betreffend Kranken- und Unfallversicherung in einer Weise mit der Stellung der Eisenbahner, speziell der Bundesbahner, zur Kranken- und Unfallversicherung beschäftigt, die geeignet war, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Zuerst im Ständerat und nachher im Nationalrat haben die Herren Böhi (Thurgau) und Secretan (Waadt) derart sich über eine «*Promesse Comtesse*» er-